

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/ Die Grünen)

vom 11. August 2003 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. August 2003) und **Antwort**

Wer hat die Beton-Quader vor der jüdischen Synagoge zu verantworten?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wann hat sich wer mit der Bitte an den Senat gewandt, zusätzliche bauliche Sicherheitsmaßnahmen vor der jüdischen Synagoge in Berlin-Mitte zu errichten?

Zu 1. Die notwendigen und vom LKA aufgrund einer Sicherheitsanalyse für das Centrum Judaicum empfohlenen Vorfeldmaßnahmen sind nicht auf eine Bitte zurückzuführen, sondern sind Teil einer Verpflichtung Berlins, die sich insbesondere aus dem Staatsvertrag ergibt.

2. Wie viele Treffen gab es zwischen welchen Beteiligten zu dieser Thematik?

3. Durch wen wurde der Senat bei diesen Abstimmungsrunden vertreten?

Zu 2. und 3. Bereits seit 1994 gibt es zahlreiche Gespräche zur Sicherung jüdischer Einrichtungen mit Vertretern der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Polizei, der Berliner Feuerwehr, des Bezirksamtes Mitte und der Senatsverwaltungen für Inneres, Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie Stadtentwicklung.

Dabei wurden insbesondere auch technische Maßnahmen für das Centrum Judaicum für den Innen- als auch den Außenbereich besprochen.

4. Wann wurde durch wen bestimmt, als zusätzliche bauliche Sicherheitsmaßnahme 47 Betonquader vor der Synagoge zu platzieren?

Zu 4. Aufgrund sich häufender Sprengstoffanschläge in Israel mussten konkrete Maßnahmen unverzüglich realisiert werden.

Die Entscheidung für eine provisorische Vorfeldsicherung wurde in einer Besprechung zwischen Vertretern der

Polizei, dem Bezirksamt Mitte, der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Dezember 2002 getroffen.

5. Trifft es zu, dass sich der Bezirk Mitte in der Diskussion um bauliche Sicherheitsmaßnahmen aus ästhetischen Gründen gegen die Betonquader ausgesprochen hatte?

Zu 5. Eine Ablehnung der Quader als Provisorium durch das BA Mitte lag nicht vor. Es bestand jedoch Einvernehmen darüber, dass zeitnah eine stadtbildverträgliche Lösung realisiert werden sollte.

6. Wer löste wann den Auftrag zur Herstellung und Installation der Betonquader aus?

Zu 6. Aufgrund der sachlichen und wirtschaftlichen Prüfung der Angebote durch das Bezirksamt Mitte erfolgte die Beauftragung am 24.3.03 durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

7. Welche Kosten entstanden durch Herstellung und Installation der Betonquader?

Zu 7. Rd. 100.000 € (Fahrbahnmarkierung, Erstellung Betonquader)

8. Welche Kosten entstehen durch die Entfernung und den Abtransport der Betonquader?

Zu 8. Die Kosten für den Transport sind aufgrund der Amtshilfe durch das THW, Berliner Feuerwehr und die Polizei bisher nicht beziffert, werden aber nach Angabe der Senatsverwaltung für Inneres unter 1000 € liegen.

9. Welche Verwendung ist für die Betonquader vorgesehen?

Zu 9. Die entfernten Quader werden auf dem Polizeigelände in Ruhleben eingelagert, um ggf. für andere Sicherungsmaßnahmen wiederverwendet zu werden.

10. Welche Kosten werden nach Erkenntnissen des Senates entstehen, wenn die Betonquader zwischengelagert oder vernichtet werden müssen?

Zu 10. Es entstehen keine Lagerkosten. Eine Vernichtung der Quader ist nicht vorgesehen.

11. Ist das Vorgehen des Senates seiner Ansicht nach dazu geeignet, das Vertrauen der Berliner und Berlinerinnen in die Professionalität der Landesregierung zu erhöhen und die Akzeptanz gegenüber schmerzhaften finanziellen Einschnitten im Landeshaushalt zu verbreitern?

Zu 11. Der Senat kommt seinen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde konsequent nach und wird die Ausübung des jüdischen Glaubens jederzeit schützen und sichern.

12. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem Vorgang zu den zusätzlichen baulichen Sicherheitsmaßnahmen entlang der jüdischen Synagoge in Berlin-Mitte?

Zu 12. Der Senat wird auch weiterhin bei aktuellen Gefährdungslagen Entscheidungen treffen, die vorrangig der Sicherheit jüdischer Einrichtungen dienen und erst in zweiter Linie ästhetische Gesichtspunkte berücksichtigen können.

Berlin, den 08. September 2003

In Vertretung

Dr. Stimmann

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Sept. 2003)